

Die Sache mit der Unsterblichkeit

«Prahlanse der Unsterblichkeit» (NZZ 4. 11. 17): Das hatten wir doch schon mal. Wenn Eduard Kaeser die Chuzpe der naiv jubelnden Wissenschaftler irritiert, dann kann man sich den Ärger der Juden damals in der Synagoge vorstellen, die die Wahrheitsneurose der Jesus-Anhänger miterleben mussten. Ständige Zwischenrufe wie «Maranatha» und dauerhaftes Prahlen mit der Unsterblichkeit im Jenseits. Es ist wie im Fall von Fake-News, man glaubt, das sei neu, doch ist es ein Déjà-vu: Einige Wirrköpfe – heisses Klima, wenig Essen, lange Arbeitstage, Wut im Bauch – verkündigten die Wiederauferstehung Jesu, was uns bis heute für wahr verkauft wird.

Jan van Helden, Baar

Eduard Kaeser bringt die Fragwürdigkeit des neuen technischen Unsterblichkeitsglaubens ausgezeichnet auf den Punkt. Er verweist dabei eingangs auf einen Essay von John D. Bernal aus dem Jahre 1929, in dem Bernal sich auf die in seinen Augen drei grössten Feinde des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bezog: die Welt, das Fleisch und der Teufel. Die Welt als Natur- und Erdgebundenheit, das Fleisch als Körpergebundenheit und der Teufel als Gefühlsgebundenheit des Menschen.

Warum der fiktive Teufel nun unbedingt als Symbol der Gefühlsgebundenheit des Menschen herhalten muss, ist für mich nicht ganz nachvollziehbar, aber lassen wir diese drei genannten Symbole einfach einmal unhinterfragt stehen. Dann muss ich mich trotzdem fragen: Was wäre dieser unsterbliche Mensch der Zukunft ohne diese Natur-, Erd-, Fleischgebundenheit und Gefühlsgebundenheit? Wäre er nicht eine Fiktion, ein fiktiver Gott unter fiktiven Göttern, allesamt Milliardäre, die die sterblichen Menschen nur noch als Diener, Ernährer und Beweihräucherer ihrer Gottgleichheit benötigten?

Der infantile Wunsch der Technik- und Digitalfrömmel im Silicon Valley und andernorts zeigt mir nur eins: die narzisstische Kränkung des Todes für die aufgeblähten Egos all jener, die heute schon über zu viel Macht verfügen und gleichzeitig unter enormen Existenzängsten (auf den eigenen Tod bezogen) leiden! Wenn sich zum Beispiel heute schon der Futurist Ray Kurzweil, Leiter der Forschungsabteilung von Google, geradezu zwanghaft, wie Eduard Kaeser schreibt, auf das ewige

Leben mit einer Diät aus Beeren, Porridge, Makrelen, Lachs, dunkler Schokolade und Grüntee vorbereitet.

Ich empfehle ihm und anderen Betroffenen die Lektüre des Buches «Der Gotteskomplex» von Horst-Eberhard Richter, in dem dieser schon vor Jahrzehnten die moderne westliche Zivilisation als psychosoziale Störung beschrieb und die Flucht aus mittelalterlicher Ohnmacht in den Anspruch auf egozentrische gottgleiche Allmacht analysierte. Anhand der Geschichte der neueren Philosophie verfolgt er den Weg des angstgetriebenen Machtwillens und der Krankheit, nicht mehr leiden zu können. Die Überwindung des Gotteskomplexes wird zur Überlebensfrage des modernen Menschen werden.

Frank Wolff, D-Blankenburg/Harz

Verantwortungsvolles Unternehmertum

Entweder hat Christoph Mäder den Text der Konzernverantwortungsinitiative ungenau gelesen, oder er verdreht ihn in seinem Gastkommentar (NZZ vom 27. 10. 17) mit Absicht – jedenfalls ist die Aussage, dass «Unternehmen (...) damit weltweit – und ohne eigenes Verschulden – für Verfehlungen von Zulieferern haften» nachweislich falsch. Der Initiativtext sagt eindeutig, dass die Haftung nur für den Mutterkonzern und die von ihm kontrollierten Unternehmen gilt; einfache Zulieferer werden unmissverständlich ausgeschlossen. Damit relativiert sich auch der scheinbar «gewaltige» administrative Aufwand auf ein vernünftiges Mass, denn Tochterfirmen und andere nahestehende Unternehmen werden schon heute regelmässig und in vielerlei Hinsicht intern überprüft. Überdies stellt die Initiative bestehende Bemühungen zahlreicher Firmen um einen konstruktiven Dialog mit lokalen Partnern keineswegs infrage. Im Gegenteil: Könnten fehlbare Firmen (die es trotz allem eben weiterhin gibt) in Zukunft tatsächlich wegen Menschenrechtsverstössen belangt werden, so würde die Position all jener Unternehmen gestärkt, die sich schon heute vor Ort um menschenrechtskonforme, nachhaltige Lösungen bemühen. Zahlreiche Schweizer Firmen haben das längst erkannt und unterstützen daher die Initiative – vielleicht bald auch Syngenta?

Bernd Steimann, Zürich
Koordinator Entwicklungspolitik Helvetas

Der urbane Wähler und die SVP

Dass die SVP bald 30 Jahre nicht mehr im Zürcher Stadtrat vertreten ist, daran trägt Christoph Blocher eine Mitschuld. Die Interviewer der NZZ erwähnen gegenüber Blocher, er habe die SVP zu einer «liberal-konservativen Kraft geformt» (NZZ 31. 10. 17). Blocher selbst nennt seine Partei in Interviews jedoch meist stolz «national-konservativ». Das trifft es wohl besser. Wir erinnern uns: Zu Beginn des kantonalen und eidgenössischen Wahlkampfes 2003 verkündete er zusammen mit dem anderen Parteiideologen, Christoph Mörgeli, es dürfe rechts der SVP keine politische Kraft mehr geben. Um dies zu erreichen, wurde in der Tagespresse die üble, unter dem Namen «Dolce vita»-Inserat bekannt gewordene Politwerbung ge-

schaltet, worin – entsprechend bebildert – behauptet wurde, die Ausländer kämen nur in die Schweiz, um hier auf unsere Kosten in der Hängematte zu schlafaffen. Damit hat die SVP die Schweizer Demokraten und die Auto-partei rechts überholt und konnte sich diese fast vollständig einverleiben. Doch wenn sich eine Partei auf solche Weise positioniert, dann kann sie sich nicht mehr bürgerlich nennen, denn solches Tun widerspricht zutiefst liberalem bürgerlichem Gedankengut.

Um in der Stadt Zürich wieder politisch erfolgreich zu sein, müsste Blocher seine Ideologie wieder zurück in die Zeit vor 2003 drehen und nicht weiter die Fremdenfeindlichkeit bewirtschaften. Doch damit gäbe er sein national-konservatives Credo auf. Die beiden Stadtzürcher SVP-Stadtratskandidaten müssen aber dem Parteipatriarchen Rechenschaft ablegen und nicht dem Wähler. Denn Blocher gibt ihnen das Parteiprogramm als Auftrag vor, dem sie nachleben müssen, wenn sie in der Partei vorwärtskommen wollen. Der urbane Wähler weiss das und wird sich weiterhin schwertun, dieser Partei seine Stimme zu geben.

Paul Buchegger, Horgen

Trügerische Sicherheit

Trotz mehrfacher Warnung der SNB vor der anstehenden Zinswende werden Hypotheken noch grosszügig vergeben. Die immerzu wachsende Verschuldung ist erschreckend, weil höhere Schulden zwingend zu mehr Abhängigkeit führen. In der Schweiz glaubt man, dass Sparbeiträge bis 100 000 Franken pro Kunde garantiert sicher seien. Das ist eine trügerische und deshalb gefährliche Sicherheit. Bei den Banken existieren diese Beträge nur über eine komplizierte Einlagenversicherung. Vor Jahren kam es bei Bern zum Crash. Als die Spar- + Leihkasse Thun ihre Schalter schliessen musste, warteten die Kleinsparer sieben Jahre lang auf ihr Geld. Vertrauen, Stabilität und Sicherheit bilden das Fundament der Schweiz. Wo bleibt da bei einer Zinswende die Sicherheit?

Bernhard Schaerer, Lenzburg

Mehr Mut zur Freiheit

Der Titel des NZZ-Leitartikels «Mehr Mut zur Freiheit» (3. 11. 17) müsste eigentlich lauten: «Dem Bürger wird täglich Freiheit genommen». Was bedeutet oder erfordert Freiheit? Freiheit erfordert Sicherheit. Dazu gehört eine starke Armee, aber auch eine massvolle, kontrollierte Zuwanderung. Freiheit bedeutet auch, dass ich vom verdienten Geld möglichst viel für mich einsetzen kann und nicht dem Staat abzuliefern habe. Beim Anstieg der Fiskalquote auf über 44 Prozent für die Erfüllung staatlicher Aufgaben und die soziale Umverteilung ist zu bemerken, dass er in unserem Land in den letzten Jahren wesentlich stärker ausgefallen ist als bei den OECD-Staaten. Die exorbitante Zunahme der Bundesverwaltung auf über 35 000 Vollzeitstellen führt zu immer mehr Regulierungen und Erlassen. Und das hat zu Folge, dass der Bürger immer weniger individuelle Freiheit geniesst.

Karl Meier-Zoller, Effretikon

WAS LÄUFT FALSCH?

Fördergelder an die Basis

Gastkommentar
von RUEDI ROTH

Als Co-Geschäftsleiter einer kleinen Jugend- und Kulturaustauschorganisation, eines gemeinnützigen Vereins, der für sein Funktionieren neben einer kleinen Finanzhilfe für die Betriebsstruktur (KJFG) vom Bundesamt für Sozialversicherung vor allem auf Beiträge und Spenden von Stiftungen und Privaten angewiesen ist, beobachte ich, wie sich gewisse grössere Förderstellen und Stiftungen von der Basis entfernen. Sie umgeben sich vermehrt mit Theoretikern, die Studien oder Initiativen in der Jugendförderung anstossen, welche von ihnen konstruiert werden und nicht wirklich auf die Bedürfnisse der Teilnehmer unserer Programme eingehen. Sekundiert werden sie oft von mit ähnlichem Personal bestückten Dachverbänden.

Einfach getan, denn diese «Spezialisten» müssen sich nicht wirklich auf dem Feld bewähren.

In ihren Studien und Initiativen wird vor allem «eigener Kreativität» zum Durchbruch verholfen, eine Bachelorarbeit vertieft oder für ein Masterstudium gearbeitet und vor allem auch schon sehr viel Geld ausgegeben. Die Mittelbeschaffung für diese Übungen konkurrieren ganz direkt auch das Fundraising von uns kleinen Organisationen.

Es ist dies wirklich eine Politik, die oft an den Bedürfnissen der zu Fördernden, in meinem Fall die Jugendlichen an der Basis, vorbeigeschäftet. In der Diskussion über Stiftungen wurde das in der NZZ kürzlich teilweise thematisiert.

Letztes Jahr wurde uns dies beispielsweise bei der CH-Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit demonstriert, wo aufgedeckt wurde, dass 87 Prozent des Budgets in die Verwaltung und nur 10 Prozent in die Projekte flossen. Unsere Organisation hat 2013 zwei Projekte mit der CH-Stiftung durchgeführt und schmerzhaft fest-

Als basisorientierte kleine Non-profitorganisation sind wir auf die Hilfe von Partnern angewiesen, die Sinn für Pragmatismus haben.

stellen müssen, dass für die Arbeit von uns, die wir die Projekte initiiert, durchgeführt und begleitet haben, kein Franken vorgesehen war. Von den Fördergeldern kam für die Arbeit an der Basis bei den Teilnehmenden tatsächlich nichts an. Der Wasserkopf CH-Stiftung, die «Spezialisten», hatte bereits alles geschluckt. Zum Glück haben Bund und Kantone dort die Reissleine gezogen. Es war höchste Zeit.

Da lobe ich mir die Stiftungen «alter Schule» – ich persönlich halte sie für die modernsten, weil sie sich gerne von den Projektverantwortlichen, den Leuten an der Basis, die Bedürfnisse erklären lassen und sehr wohl von diesen Pragmatikern mit Gesuchen und einem Reporting beliefert werden, das dann sogar für einen «betriebsfremden» Stiftungsrat verständlich ist. Sie helfen im Übrigen mit, dass die Stiftungsgelder wirklich zu den Projekten und Teilnehmenden der Programme fliessen und nicht bereits in einem riesigen Administrations- und Studienapparat versanden.

Workcamp Switzerland ist ein kleiner Player auf dem Jugend- und Kulturaustauschmarkt. Wir sind seit Jahren «für internationale Freiwillige mit und ohne Behinderung» auch generationenübergreifend tätig. Unser neues Projekt «Ankunft Freiwilligeneinsatz», das seit letztem Jahr das Ziel verfolgt, auch Asylsuchende in Freiwilligenprojekte zu integrieren, ist auf die Hilfe von Partnern angewiesen, die Sinn für Pragmatismus haben. Diese müssen verstehen, dass in einer Organisation unserer Grösse nicht noch eine Studienbetreuungsabteilung hochgezogen werden kann, die Verbänden und Stiftungen Input für ins Leere laufende teure Initiativen von Bildungstheoretikern liefert.

Bund und Kantone sollten bei der Vergabe der Finanzhilfen ihr Gehör vermehrt auch kleinen Organisationen schenken. Da sitzen die Praktiker, die wahren Spezialisten, die das Geld direkt für die Projekte und die Teilnehmenden verwenden und auch für die Resultate geradestehen müssen. Es schiene mir sinnvoll, wenn auch von offizieller Stelle ein intensiverer und direkter Austausch mit der Basis an den Verbänden vorbei stattfinden würde.

Ruedi Roth ist Co-Geschäftsleiter von Workcamp Switzerland, einer Non-profit-Vermittlungsorganisation für internationale Freiwilligeneinsätze.

In der Rubrik «Was läuft falsch?» beschreiben Verbände und Organisationen, was sich ihrer Meinung nach in der Schweiz ändern müsste.

An unsere Leserinnen und Leser

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bevorzugt. Die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe
NZZ-Postfach
8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

Neue Zürcher Zeitung

UND
SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 238. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor:
Eric Gujer

Stellvertreter:

Colette Gradwohl, Thomas Stamm, Daniel Wechlin

Tagesleitung: Colette Gradwohl, Christoph Fisch, Andreas Schärer, Thomas Stamm, Daniel Wechlin

International: Peter Rásonyi, Andreas Rießch, Andreas Wylsing, Werner J. Marti, Beat Bumbacher, Stefan Reis

Schweizer, Nicole Anliker, Nina Belz, Marie-Astrid Langer, Christian Weisflög, Daniel Steimorth

Spektrum Deutschland: Nina Belz

Schweiz: Michael Schoenenberger, Helmut Stalder, Christina Neuhaus, Marcel Gyr, Paul Schneeberger, Claudia Baer, Jörg Krummenacher, Simon Gemperli, Daniel Gerry, Frank Sieber, Erich Aschwanden, Marc Tribelhorn, Simon Hehli, Lucien Scherrer

Bundeshaus: Heidi Gmür, Christof Forster, Valerie Zaslavski

Wirtschaft / Börse: Peter A. Fischer, Werner Enz, Ernes Gallarotti, Sergio Aiolfi, Thomas Fuster, Christin Severin, Nicole Rütli Ruzicic, Andrea Martel Fus, Giorgio V. Müller, Michael Ferber, Lucie Paška, Hansueli Schöchli, Thomas Schürpf, Zoé Inés Baches Kunz, Natalie Gratwohl, Werner Grundelner, Daniel Imwinkelried, Christof Leisinger, Anne-Barbara Luft, Christoph G. Schmutz, Michael Schäfer, Dieter Bachmann, Jürg Müller

Fuilleton: René Scheu, Angela Schader, Claudia Schwartz, Andrea Köhler, Thomas Ribl, Uwe Justus Wenzel, Ueli Bernays, Roman Bucheli, Susanne Ostwald, Philipp Meier

Medien: Rainer Stadler

Zürich: Irène Troxler, Alois Feusi, Dorothee Vögeli, Urs Bühler, Walter Bernet, Brigitte Hürimann, Stefan Hotz, Adi Kälin, Natalie Avanzino, Fabian Baumgartner, Jan Hudec

Sport: Elmar Wagner, Flurin Claluna, Andreas Kopp, Benjamin Steffen, Daniel Germann, Peter B. Birrer, Markus Wanderli, Philipp Bärtsch, Claudia Rey

Meinung & Debatte: Martin Senti, Andreas Breitenstein, Elena Panagiotidis

Panorama: Katja Baigiger

Wissenschaft: Christian Speicher, Alan Niederer, Stefan Betschon, Stephanie Kusma, Lena Stallmach, Helga Rietz

Wochenende/Gesellschaft: Colette Gradwohl, Susanna Müller, Anja Jardine, Herbert Schmidt

Nachrichtenredaktion: Manuela Nyffenegger, Martina Läubli, Katrin Schreggenberger

Webproduktion: Michèle Schell, Roman Sigrist, Susanna Rusterholz

GESTALTUNG UND PRODUKTION

Art-Direction/Bild: Reto Althaus, Gilles Steinmann. Fotografen: Christoph Ruckstuhl. Blattplanung: Philipp Müller. Produktion/Layout: Hansruedi Frei. Korrektorat: Yvonne Betttschen. Archiv: Ruth Haener. Storytelling: David Bauer. Video: Sara Maria Manzo. Projekte: André Maerz

WEITERE REDAKTIONEN
Verlagsbeilagen: Walter Hagenbüchle. NZZ am Sonntag: Chefredaktor: Luzi Bernet. NZZ Folio: Daniel Weber. NZZ TV/Format: Silvia Fleck. NZZ Geschichte: Peer Teuwissen

NZZ-MEDIENGRUPPE
Jörg Schnyder (a. i. Vorsitzender Unternehmensleitung)

ADRESSEN
Redaktion: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, Fax +41 44 252 13 29, leserbriefe@nzz.ch. Internet: www.nzz.ch, E-Mail: redaktion@nzz.ch. Verlag: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, E-Mail: verlag@nzz.ch

Filiale Deutschland: Neue Zürcher Zeitung (Deutschland), GmbH, Postfach, 60267 Frankfurt am Main

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00, E-Mail: leserservice@nzz.ch, www.nzz.ch/leserservice

Inserate: NZZ Media Solutions AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 16 98, Fax +41 44 258 13 70, E-Mail: inserate@nzz.ch, Internet: www.nzzmediasolutions.ch

Druckerei: Pressehaus Birtz-Verlag GmbH & Co. KG, Zeitungsgruppe Offenbach-Post, Waldstrasse 226, 63071 Offenbach am Main

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MwSt.)
Abonnement Deutschland und Österreich inkl. digitaler Ausgaben: 517 € (12 Monate), 276 € (6 Monate), 141 € (3 Monate)

Übrige Auslandspreise auf Anfrage.
Abonnement NZZ Digital: 429 € (12 Monate), 240 € (6 Monate), 132 € (3 Monate)

Studenten und Lernende: 50 Prozent Rabatt auf Abonnementspreise (mit gültigem Studenten- oder Lehrlingsausweis)

Alle Preise gültig ab 1. 11. 2017
Die Abonnentenadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2017
BECLAUBIGTE AUFLAGE
Verbreitete Auflage: 113 073 Ex. (Wemf 2017)

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen.

© Neue Zürcher Zeitung AG
Kartengrundlage: © OpenStreetMap contributors